

Wenn die Schulen Trauer tragen



Die Schweiz lebt von einem Satz, der zur Phrase geworden ist: “Unser einziger Rohstoff ist Bildung.” Doch die Rohstoffbilanz liest sich, leider, wie eine Chronik des Niedergangs: Nach neun Jahren Schule verstehen 25 Prozent aller Jugendlichen nicht, was sie gerade gelesen haben. Es handelt sich um einen Leistungsabfall im Kernbereich: Lesen, Schreiben und Rechnen. Das belegt auch der über 400 Seiten dicke “Bildungsbericht Schweiz 2026” des Schweizer Bildungspapstes Stefan C. Wolter, der es aber versäumt, die Ursachen beim Namen zu nennen.

Eine achtköpfige, erlauchte Allianz von Pädagogen und Fachleuten hat nun die Finger auf die wunden Punkte gelegt. Unter dem Titel "Wendepunkt Bildung - Mut zur Kurskorrektur" liegt ein Manifest vor, das eine Stärkung der Klassenlehrperson, eine praxisnähere Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen, eine Entschlackung der Studentafeln, die Entlastung der Schulleitungen und ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kindern fordert.

Offene Türen, Wendepunkte

In mehreren Kantonparlamenten sind inzwischen Vorstösse eingereicht worden, die genau in diese Richtung zielen: etwa die Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts, um die Primarschulen zu entlasten. Auch das integrative Schulmodell steht politisch unter Druck. Gefordert werden wieder Förder- und Kleinklassen - auch wenn man den Begriff meidet und betont, nicht zur "alten Schule" zurückkehren zu wollen. Rennt die Gruppe "Wendepunkt Bildung" offene Türen ein? Oder handelt es sich um den letzten Aufstand einer Generation, die noch erlebt hat, wie Schule funktionierte?

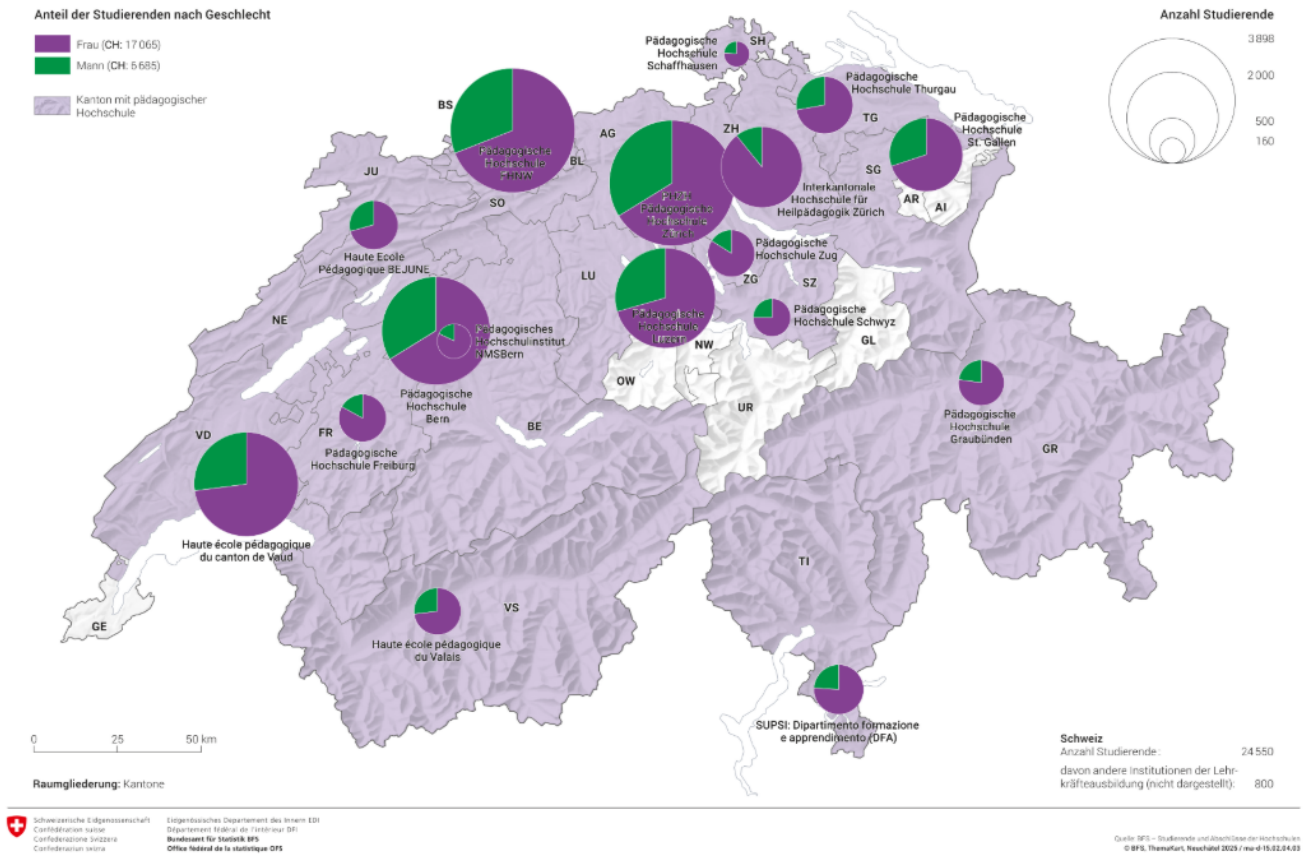
Was die Gruppe eint: ein Alter, in dem die Mitglieder nichts mehr zu verlieren haben. Jüngere Lehrer können sich diese Offenheit kaum leisten.

Bemerkenswert ist die Konstellation. Es waren Einzelstimmen, die durch ihre Kritik am Schulsystem aufeinander aufmerksam wurden - etwa der Psychologe Allan Guggenbühl, der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid, der Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule in Zug, Carl Bossard, oder der Basler Heilpädagoge Roland Stark. Was die Gruppe eint: ein Alter, in dem die Mitglieder nichts mehr zu verlieren haben. Jüngere Lehrer können sich diese Offenheit kaum leisten. Wer im System steht, muss sich zurückhalten oder wird einbestellt, wie Guggenbühl oder die Zürcher Schulleiterin Yasmine Bourgeois berichten. Die Basler Lehrerin und Erziehungsrätin Christine Staehelin (GLP) liess durchblicken, dass sie sich in einem Graubereich bewege. Eigentlich müssten ihre Zitate vor der Publikation von der Erziehungsdirektion freigegeben werden. Nordkorea am Rheinknie?

Schleichende Einführung des integrativen Schulmodells von oben nach unten

Hier zeigt sich ein Problem: Die Bildungsverwaltungen und die Pädagogischen Hochschulen haben sich gegen Kritik abgeschirmt. Der öffentliche Diskurs über ihre Programme findet kaum statt. Man bereitet Entscheidungen vor und setzt sie um, ohne die Parlamente oder die Lehrerbasis ernsthaft einzubeziehen.

Auf diese Weise wurde auch der Lehrplan 21 an den Lehrpersonen vorbei eingeführt - entwickelt in einer akademischen Blase von Bildungswissenschaftlern und Lehrmittelproduzenten mit ausgeprägtem Geschäftssinn für teure Produkte. Den Funktionären gelang es, das integrative Schulmodell schleichend "top-down" durchzusetzen mit Langzeitfolgen für die Kinder: Die Schwachen werden geschwächt, die Starken behindert. Zahlen dazu liefert der Sekundarlehrer und Bildungsrat Philipp Loretz: "82,4 Prozent der Primarlehrer und 72,3 Prozent der Sekundarlehrer erleben verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche als Belastungsfaktor."



Die Pädagogischen Hochschulen der Schweiz reagierten umgehend auf das Manifest. Schuld für den Leistungsabfall sei die gesellschaftliche Entwicklung. (Grafik: Bundesamt für Statistik)

Etabliert hat sich mit der Erziehungsdirektorenkonferenz ein Funktionärsgrremium, das entscheidet, aber keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. "Das steht quer in der politischen Landschaft der Schweiz", sagt alt Nationalrat und Bildungsexperte Ulrich Schlüer (SVP). Und Carl Bossard signalisiert Ohnmacht: "Gegen die Macht der Bildungsverwaltung kommt man kaum an." Nach der Publikation des Manifests Anfang dieser Woche vergingen nur wenige Stunden, da starteten die kritisierten Pädagogischen Hochschulen ihre Gegenoffensive. Der Tenor: Der Leistungsabfall an den Schulen liege nicht am System und sicher nicht an den von ihnen geprägten und fehlgeleiteten Reformen. Vielmehr sei die gesellschaftliche Entwicklung für den Niedergang verantwortlich.

Es handelt sich um ein Argumentationsmuster, dem auch die Regierungsräte mit ihren Stäben folgen. Sie sträuben sich gegen Kurskorrekturen - selbst dort, wo Parlamente längst handeln wollen. So nahm etwa die Zürcher Bildungsdirektorin

Silvia Steiner den Auftrag des Kantonsrats, den Frühfranzösischunterricht abzuschaffen, um die Primarschule zu entlasten, nur widerwillig entgegen.

Seit sich Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider in die Debatte eingemischt und damit die Bildungshoheit der Kantone in Frage gestellt hat, bewegt sich ohnehin kaum noch etwas.

Der Widerstand liegt sozusagen in der Natur der Sache. Das Kantonsparlament zwingt sie zu aufwendigen Anpassungen: Überarbeitung der Stundentafel und Stundenpläne, Personalumbau, Gedanken über die Zukunft von “Harmos”, der schweizweiten Vereinheitlichung der Bildungsziele. Seit sich Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider in die Debatte eingemischt und damit die Bildungshoheit der Kantone in Frage gestellt hat, bewegt sich ohnehin kaum noch etwas. Man will an Frühfranzösisch, Frühenglisch und Spätdeutsch festhalten. Die pädagogischen Gedanken sind offensichtlich zweitrangig.

Mehr als ein Appell

Anschauungsunterricht, wie Kurskorrekturen zu verhindern sind, liefert gegenwärtig der neue FDP-Bildungsdirektor Markus Eigenmann im Baselbiet: Die verheerenden Ergebnisse des Frühfranzösischunterrichts hält er unter Verschluss und die Lehrer dazu an, sich besser auszubilden. Dabei bedient er sich alter Verwaltungstaktik: Statt Fehlentscheide zu korrigieren, wird im zweitteuersten Bildungssystem der Welt noch mehr Geld gesprochen.

Die Allianz “Wendepunkt Bildung” ist mehr als ein Appell. Sie ist ein Angriff auf ein System, das sich der Korrektur entzogen hat. Und sie läuft gegen die Zeit: Denn jeder verlorene Jahrgang verlässt die Schule mit Defiziten.